

Unwägbarkeiten albanischer Politik

Peter Schubert

Die Europäische Kommission konstatiert in einem Bericht vom März 2003, daß Albanien »ein Land mit einer neuen und instabilen Demokratie« ist. Sozusagen als Zaungast war Albaniens Premierminister Fatos Nano auf dem Athener EU-Gipfel am 16./17. April bei der Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit zehn neuen Mitgliedstaaten anwesend. Ein möglicher albanischer Beitritt liegt noch in weiter Ferne und bedarf beträchtlicher Fortschritte bei der Anpassung an die europäischen Normen und Werte. Dabei gab es zu Beginn des Jahres durchaus ermutigende Ansätze: erste Reformschritte hatten Ende Januar die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union (EU) ermöglicht. Es steht außer Zweifel, daß Albanien ein langwieriges und kompliziertes Verfahren bevorsteht, bei dem noch viele Hürden zu überwinden sind.

*Botschafter a.D. Peter Schubert
ist Albanologe und wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Verband
für Internationale Politik und
Völkerrecht, Berlin*

Die albanische Politik läuft Gefahr, den Bonus als stabilisierender Faktor in der Region zu verlieren. Erneute Auseinandersetzungen zwischen der regierenden Sozialistischen Partei (PSSH) und der oppositionellen Demokratischen Partei (PDSH) – vor allem zwischen ihren Protagonisten Fatos Nano und Ilir Meta auf der einen und Sali Berisha auf der anderen Seite – prägen das politische Geschehen. Das im Sommer 2002 erzielte Einvernehmen, um der Regierbarkeit des Landes willen zu Formen zivilisierter Umgangs miteinander und zu einem Streit um die Sache und nicht um Personen zu finden, war offensichtlich nur ein Kompromiß auf Zeit.

Brüchiger politischer Konsens

Dabei hatte die ernste Warnung aus Brüssel, das in die albanischen Reformkräfte gesetzte Vertrauen nicht durch innere Machtkämpfe und Blockierung von Reformschritten zu verspielen, zunächst durchaus Wirkung gezeigt: Mit der Wahl von Alfred Moisiu im Juli 2002 zum neuen Präsidenten, einem unabhängigen Kandidaten beider Parteien, hatte sich der Übergang zu einer neuen politischen Kultur angedeutet. Die Opposition zog nach mehrmonatigem Boykott wieder in das Parlament ein und versprach konstruktive Mitarbeit bei der Verabschiedung der anstehenden Gesetze zur Dezentralisierung und weiteren Privatisierung. Premierminister Nano hatte es sich zum Credo gemacht, alle den demokratischen Reformkurs behin-

dernden Faktoren rückhaltlos aufzudecken und einen Reinigungsprozeß einzuleiten. Ein solcher Prozeß erschien angesichts zügelloser Vetternwirtschaft und Korruption geboten – Albanien wurde bereits 1998 von der Weltbank zu den Ländern mit der höchsten Korruptionsrate gezählt. Aber es blieb bei Lippenbekenntnissen. So wurde bisher keiner der Minister gerichtlich belangt, denen Korruptionsaffären angelastet werden. Geradezu paradox mutete die – inzwischen auf vielfältige Proteste hin rückgängig gemachte – Ernennung eines wegen Zigarettenschmuggels vor einigen Jahren Vorbestraften zum neuen Zoll-direktor an. Ihm werden enge persönliche Bindungen zu Fatos Nano nachgesagt.

Edi Rama, der als parteiungebundener Oberbürgermeister Tiranas auf der Wahl-liste der PSSH steht, wurde in die Auseinandersetzungen um Macht und Einfluß hineingezogen. Obwohl er sich durch seine Initiativen zur Verschönerung der Stadt – Wiederherstellung gepflegter Parks und Sanierung der Hauptmagistralen – verdient gemacht und wie kaum ein albanischer Politiker Wort und Tat sichtbar in Übereinstimmung gebracht hat, bezichtigt ihn die Opposition um Sali Berisha vehement des Machtmißbrauchs. Viel mehr als um Aufklärung möglicher Verstrickungen in ungeklärte Finanzaffären geht es ihr dabei aber um die eigenen Chancen bei den Kommunalwahlen im Herbst und darüber hinaus den Parlamentswahlen in zwei Jahren. Die Opposition will die Hauptstadt mit inzwischen etwa 700 000 Einwohnern wieder in ihre Hand bekommen und frühere Wahlschlappen wettmachen.

Die Angriffe der Opposition gegen die Regierung gewinnen an Schärfe. Sali Berisha will die Opposition neu formieren und ein Bündnis aller rechten Kräfte schmieden. Auch die »verlorenen Schafe« sollen wieder in den Schoß der PDSH zurückgeführt werden. Etliche Politiker waren wegen Berishas autoritärem Führungsstil aus der Partei ausgeschieden und hatten neue Parteien gegründet, so die Reformierte Demokratische Partei (PDSHR)

unter dem jüngeren Reformpolitiker Genc Pollo. Die Rückkehrbereitschaft der Abtrünnigen hält sich jedoch in Grenzen. Andererseits erwiesen sich Potential und Einfluß einer dritten politischen Kraft neben den zwei polarisierten Parteien PSSH und PDSH als äußerst gering.

Die bisherige innenpolitische Bilanz der Regierung ist mager. Die in der Regierungserklärung vom August 2002 verankerten Schwerpunkte – wirksame Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Vereitelung von Menschenhandel, Drogen- und Waffenschmuggel, Überwindung der Energiekrise (beträchtliche Störungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Trinkwasser sind an der Tagesordnung) entsprechen zwar den Vorbedingungen der EU für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Die International Crisis Group (ICG) konstatiert jedoch in ihrem Bericht im März 2003, daß die Nano-Administration ihre Versprechen bisher nicht eingelöst hat. Die ICG warnt davor, daß sich die innere Lage erneut zuspitzen könnte, wenn nicht nachhaltiger gegen Korruption und organisierte Kriminalität vorgegangen wird. Ihr Urteil ist eindeutig: Die politische Klasse hat nicht den nötigen Willen und die Kraft für mehr als nur kosmetische Veränderungen. Insider schließen nicht aus, daß Nanos politische Doppelrolle als Premier *und* Parteivorsitzender der PSSH noch vor Jahresende durch einen Machtwechsel zugunsten von Ilir Meta, dem energisches reformorientiertes Regieren zugetraut wird, aufgespaltet werden könnte.

Angespannte sozialökonomische Lage

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. 4,9 Mrd. US-Dollar – das sind pro Kopf 1500 US-Dollar – bleibt Albanien eines der ärmsten Länder Europas. Es belegt nach dem UNDP-Index den 92. Rang im Weltmaßstab. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum zwischen 6 und 7 Prozent beruht vor allem auf den Transfer-

leistungen der Geberländer und den Überweisungen der großen Gruppe der Auslandsalbaner. Das Überleben der breiten Masse der Bevölkerung wird zu einem wesentlichen Teil durch Schattenwirtschaft ermöglicht.

Der Staatshaushalt 2003 orientiert sich an der von Internationalem Währungsfonds und Weltbank vorgegebenen Marge für makroökonomische Stabilität. Ausländische Investitionen fließen gezielt in Projekte der Energieversorgung, bleiben aber in ihrem Umfang infolge der Rechtsunsicherheit relativ gering. Die albanische Regierung vermochte es bisher nicht, ihre mittelfristige Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung 2002–2005 für die einzelnen Sektoren – Infrastruktur, Tourismus, Sanierung der Städte, Verbesserung der sozialökonomischen Situation in der vernachlässigten nordalbanischen Gebirgsregion, Umweltschutz – auszubuchstabieren und in die Tat umzusetzen.

Die Zahl der Erwerbslosen – offiziell wird eine Quote von 13 Prozent ausgewiesen – muß angesichts verdeckter Arbeitslosigkeit auf über das Doppelte veranschlagt werden, wobei die arbeitslosen Mitglieder der privatisierten Familienbetriebe in der Landwirtschaft außer Betracht bleiben. Die Landflucht insbesondere aus dem unwirtlichen Nordosten Albaniens hat eine zunehmende Urbanisierung mit starken sozialen Verwerfungen zur Folge. Als arm gelten nach einer Erhebung von INSTAT/Tirana 30 Prozent = 920 000 Albaner, als sehr arm sind über 500 000 Menschen mit weniger als 2 US-Dollar täglich einzustufen. Noch leben 57,7 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande und erwirtschaften 49 Prozent des BIP. Wo es die Bedingungen in den fruchtbareren Ebenen zulassen, betreiben sie Subsistenzwirtschaft, können jedoch aufgrund des geringen Mechanisierungsgrades und mangelnder Effektivität gegen die ausländische Konkurrenz nur bedingt auf dem Binnenmarkt und noch viel weniger auf dem Exportmarkt bestehen. Das wachsende Gefälle zwischen den Lebensbedingungen der städtischen und jenen der

ländlichen Bevölkerung stellt ein ernstes gesamtgesellschaftliches Problem dar.

Irritationen in der Außenpolitik

Die Prioritäten in der Außenpolitik alternieren in unterschiedlicher Intensität zwischen Europa und den USA, bleiben jedoch vorrangig an den Vorgaben für die erstrebte Integration in die euro-atlantischen Strukturen orientiert. Es ist augenfällig, daß die Beziehungen zu den USA aus politisch-militärischer Sicht favorisiert werden. Das spiegelt sich auch im betonten Engagement für die NATO wider – nach den Worten des albanischen Verteidigungsministers betrachtet sich Tirana de facto den Strukturen der NATO zugehörig und wartet auf den schnellstmöglichen De-jure-Beitritt. UNO und OSZE finden vergleichsweise weniger Beachtung. Dort, wo die Hilfe des Westens den Erwartungen nicht gerecht wird, wendet sich Tirana an die arabische Welt. So wurde Anfang April eine hochrangige saudi-arabische Delegation empfangen, um Investoren für das Hotelwesen, den Ausbau der Infrastruktur und die Telekommunikation zu gewinnen. Frühere arabische Projekte waren zu einem Großteil an Verzögerungen beider Seiten gescheitert.

Die vorseilende Bereitschaft Albaniens, sich in die von den USA angeführte Gruppe der Befürworter eines Krieges gegen den Irak einzureihen, löste Irritationen bei jenen EU-Staaten aus, die sich gegen den Irak-Krieg ausgesprochen hatten. Für letztere mußte es befremdend wirken, daß die albanische Regierung ihre bedingungslose Solidarität mit den Kriegführenden im Irak mit deutlicher Kritik am »alten Europa« verknüpfte. So hatte Fatos Nano in einem Beitrag für den *Boston Globe* mit dem Titel »Mutiger amerikanischer Geist« kritisiert, daß Europa (gemeint sind u.a. Frankreich und Deutschland), nicht aber Albanien vergessen habe, was die Amerikaner und Briten mit ihren Verbündeten im Zweiten Weltkrieg bei der Niederrichtung des Hitler-Regimes geleistet haben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Die von den albanischen Reformern unter der Formel »Wir wollen sein wie ganz Europa« (Ne si e gjithë Evropa) konzipierte Politik, die sowohl aus Zeiten der Selbstisolierung während der kommunistischen Diktatur Nachzuholendes als auch (überhöhte) Erwartungen an eine Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozeß umschreibt, ist damit einer Belastungsprobe ausgesetzt. Es stellt sich zudem die Frage, ob das im letzten Jahrzehnt aufgebaute Vertrauensverhältnis der EU-Länder zu Albanien genügend Rückhalt in der albanischen Gesellschaft besitzt. Der unabhängige albanische Publizist Fatos Lubonja wendet sich denn auch gegen die in der albanischen Öffentlichkeit verbreitete Auffassung, wonach Westeuropa mehr zu den Slawen des Balkan stehe, Albanien deshalb des Schutzes der USA bedürfe. Er warnt vor der Möglichkeit, daß »zwischen den Großmächten, die sich heute streiten, in zukünftigen Konstellationen wieder Kompromisse geschlossen werden, bei denen Albanien die am leichtesten zu opfern- de Figur im Balkanschach sein könnte«.

Insgesamt hat es den Anschein, als würden in der außenpolitischen Orientierung der Regierenden in Tirana pragmatische taktische Gesichtspunkte über langfristige strategische Erwägungen dominieren. Damit verbunden ist sowohl die Möglichkeit von Irritationen in der weiteren Annäherung an die europäischen Strukturen als auch in den Beziehungen mit den Nachbarn. Deren Bereitschaft zu engerer Kooperation mit Albanien – zur Zeit hat Griechenland, danach Italien die EU-Präsidentschaft inne – kann stimulierend wirken oder aber verweigert werden, wenn Albanien die Erwartungen in stabilere innere Verhältnisse einschließlich koordinierter grenzüberschreitender Verbrechensbekämpfung enttäuscht. Vorbehalte werden sich auch verstärken, wenn Tirana Integration so versteht, daß die Amerikaner für den militärischen Schutz und die Europäer für die wirtschaftliche Hilfe zuständig sind.

Die mit der albanischen Transformation verbundenen unfertigen oder auch explosiven Züge sollten den EU-Ländern einschließlich der Bundesrepublik keinen Vorwand für Ausgrenzung oder Stigmatisierung bieten. Verglichen mit ihrem Ausgangsstadium zu Beginn der neunziger Jahre haben die Albaner bei allen Rückschlägen bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die Demokratie ist nicht substantiell bedroht, die Lage im Lande kann als stabiler gelten. Äußere Einflußnahme muß gezielt an die reformwilligen Kräfte gerichtet werden, die aus innerer Überzeugung und mit dem erforderlichen professionellen Rüstzeug für europäische Normen und Werte einstehen.

Besonderes Gewicht ist der regionalen Zusammenarbeit beizumessen. Gemeinsame Infrastruktur- und Energieprojekte, Freihandelsabkommen und die grenzüberschreitende Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Drogenschmuggel sind geeignet, der Integration entgegenstehende Barrieren abzubauen. Durch regionale Koordinierung außenpolitischer Positionen wird es möglich sein, Gemeinsamkeiten zu fördern, die auf die europäische Politik zurückwirken. Das wird auch durch die Unterschrift von Präsident Moisiu unter die Belgrader Erklärung der Staaten des Southeast Europe Cooperation Process vom 9. April erhärtet, in der der UNO hinsichtlich zukünftiger Entscheidungen über den Irak eine wesentliche Rolle zugemessen wird. Der Bonus vertrauensvoller Kooperation in der Region – aktuelle Belege sind die behutsame Normalisierung des Verhältnisses mit Serbien, die von Athen jüngst vollzogene juristische Aufkündigung des Kriegszustandes mit Albanien, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges anhängig ist, verbesserte Zusammenarbeit Albaniens mit Makedonien und Kroatien, realistische Haltung in der Kosovo-Frage – gibt Hoffnung für die Zukunft und sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.